Gesetzentwurf

der Abgeordneten...

Lars Klingbeil (SPD), Bärbel Bas (SPD), Dr. Tanja Machalet (SPD)...

... Wilhelm Gebhard (CDU), Katja Strauss-Köster (CDU)...

... Sebastian Schäfer (B90/Die Grünen), Chantal Kopf (B90/Die Grünen) ...

... Doris Achelwilm (Die Linke), Gregor Gysi (Die Linke), usw.

Entwurf eines Gesetzes zur Einbeziehung der Mitglieder des Deutschen Bundestags (MdB) in die gesetzliche Rentenversicherung

A. Problem

Auf die gesetzliche Rentenversicherung kommen mit dem Ruhestandseintritt der Babyboomer-Generation schwierige Zeiten zu. Wenn „die Politik“ dafür Reformvorschläge unterbreitet, so wird dabei in der Regel ein Thema ausgespart: die Altersversorgung der Parlamentarier selbst. Wir fordern, diesen ‚blinden Fleck‘ zu beseitigen, indem die ‚Gesetzesmacher‘ durch ihr Beispiel führen und vorangehen. Das ist eine Frage des Führungsstils. Für die oben beschriebene Reform ist § 20 des Abgeordnetengesetzes zu ändern, wofür keine Zwei-Drittel-Mehrheit, sondern nur eine einfache Mehrheit erforderlich ist. Unser bisheriges beamtenanaloges System einer Abgeordnetenpension unterscheidet sich grundsätzlich vom System der gesetzlichen Rentenversicherung, in welchem sich der überwiegende Teil der aktiven Bevölkerung, ebenso wie die große Mehrheit der Menschen im Ruhestand, befinden. Bisher ist es so, dass wir Abgeordnete von Beitragssatzerhöhungen der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV) oder Leistungskürzungen der gRV, die der Bundestag beschließt, nicht selbst betroffen sind. Dies führt zu legitimer Kritik in der breiten Bevölkerung. Dadurch leidet das Ansehen des Bundestags. Ein Beispiel für diese Nichtbetroffenheit der Mitglieder der Legislative von ihren eigenen Beschlüssen war das (letztlich gescheiterte) Rentenpaket II. Dadurch wäre der Beitragssatz, den die Versicherten der gRV hätten zahlen müssen, von heute 18,6% bis 2035 auf 22,3% eines Bruttolohns gestiegen – MdB hingegen wären nicht betroffen gewesen.

Die Forderung, dass Abgeordnete in die Rentenversicherung einzahlen sollten, um so ihren Teil zu einem solidarischen Rentensystem beizutragen, ergänzt durch Kapitaldeckung in der zweiten Schicht, ist nicht neu. Bereits 2011-2013 arbeitete eine vom Bundestag eingesetzte Kommission von Sachverständigen unter der Leitung von Bundesjustizminister a.D. Schmidt-Jortzig einen Vorschlag zur Ablösung der Abgeordnetenpensionen durch ein neues System aus. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder lehnte die heutige Abgeordnetenpension ab. Fünf der elf Mitglieder waren der Auffassung, dass Abgeordnete über die gesetzliche Rentenversicherung versorgt werden sollten (plus Zusatzversorgung wie bei einer

Betriebsrente). Es gibt kein Erkenntnisdefizit, aber ein Handlungsdefizit, welches nach unserer Auffassung beseitigt werden sollte.

B. Lösung

Wir fordern ab der 22. Legislaturperiode ein zweischichtiges System der Altersversorgung für die MdB.

a) *Erste Schicht*: MdB sollten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Ihr Bruttoeinkommen (Diät) würde nach einer Reform mit dem jeweils geltenden Beitragssatz (derzeit 18,6%) verbeitragt, wovon 9,3% der Bundestag zahlen würde. Mit ihrer Beitragsleistung erhalten die MdB dann Ansprüche auf eine spätere Rentenzahlung, so wie alle anderen Rentenbeitragszahlenden auch. Die erste Schicht der Altersversorgung für die Zeit als Abgeordneter würde dann, sobald das (dann ehemalige) Mitglied des Bundestags das Ruhestandsalter erreicht, aus Rentenzahlungen (statt wie bisher Pensionszahlungen) bestehen.

b) *Zweite Schicht*: Eine zweite Schicht der Altersversorgung der Abgeordneten würde aus einer Zusatzversorgung kommen, die sich von der Höhe her am Betriebsrentenanspruch in der Privatwirtschaft orientieren sollte. Hier bieten sich Produkte der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) oder des Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen (VBLU) an.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Kosten für die Versorgung von Abgeordneten sinken dadurch ab der 22. Legislaturperiode im Vergleich zu heute deutlich.